Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 134 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 12000.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Dienstag, den 10. Juli 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 34 mm Breite 150.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 500.— Mk., Offerten-Besorgung und Auskunft 500.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In den Verhandlungen über die neuen Reichsarbeiterlöhne wurde im Finanzministerium eine Einigung erzielt.

* Die Beratungen des Nuntius Paccelli mit dem Reichskanzler sind beendet. Es wurde weitgehende Übereinstimmung in der Frage der Sabotageakte erzielt.

* Der französische Botschafter und der belgische Gesandte in Berlin verlangten von der Reichsregierung Genugtuung für die Duisburger Explosion. Das Verlangen wurde abgewiesen.

* Die Franzosen wollen die vollständige Verkehrssperre über das besetzte Gebiet auf weitere sechs Wochen verlängern.

* England und Italien beabsichtigen, ihre Ausgleichsversuche in der Ruhrfrage gemeinsam fortzusetzen. Auch Belgien will an einer Verständigung zwischen London und Paris arbeiten.

Paccellis Mission.

Nach dreitägigen Verhandlungen und vielstündigen Besprechungen mit dem Reichskanzler hat der Nuntius Paccelli seine Berliner Mission erfüllt, und damit hat eine eigenartige Episode in der politischen Entwicklung der Gegenwart ihr vorläufiges, wenigstens äußeres Ende erreicht. Wir können jetzt Verlauf und Resultat einigermaßen übersehen.

Es war selbstverständlich, daß namentlich seit dem Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet, durch den vorwiegend die katholischen Kreise Deutschlands betroffen wurden, die deutschen Katholiken, besonders die Bischöfe, alles daran setzten, die höchste kirchliche Autorität zu einem Eingreifen, zu einem Protest gegen die furchtbaren Gewalttaten zu veranlassen. Vor allem der Fürstbischof von Köln, Kardinal Schulte, hat es an nichts fehlen lassen, die Kurie auf all das aufmerksam zu machen, was im Rheinland und im Ruhrgebiet an Furchtbarem geschah. Der Erfolg war das Schreiben des Papstes vom 24. Juni an den Kardinal-Staatssekretär Gasparri. Und dieses Schreiben ist trotz allem, was hinterher geschah, nach wie vor die maßgebende Erläuterung des politischen Standpunktes der Kurie geblieben.

Nun aber kam das sogenannte Paccelli-Telegramm, dessen Veröffentlichung vor der Übergabe in Berlin der Kurie übrigens außerordentlich peinlich gewesen ist. Zunächst wurde deshalb ausdrücklich betont, daß der Papst gar nicht daran denke, durch die Explosion auf der Duisburger Rheinbrücke zu diesem neuen Vorgehen veranlaßt zu sein. Deutscherseits wurde durch den Botschafter am Vatikan darauf hingewiesen, daß die Sabotageakte lediglich ein Ausfluß der Verzweiflung über das Gewaltregime im Ruhrgebiet sind, und in seiner Erwiderung betonte der Papst, daß von einer Verurteilung des passiven Widerstandes gar keine Rede sein könne. Vielmehr scheint festzustehen, daß die Kurie zu dem diplomatischen Schritt des Paccellitelegramms gerade dadurch bewogen worden ist, daß man von gewisser Seite behauptete, der Duisburger Fall sei geschehen infolge des ersten Papstbriefes an Gasparri und könne noch weitere Fälle im Gefolge haben. Man betonte in Rom sogar, man sei sich darüber klar, daß das Ereignis von Duisburg vielmehr eine Folge der letzten Rede Poincarés sei. Mit allen Mitteln versuchte man also in Rom die durch französische Intrigen und Verdrehungen verursachte Erregung in Deutschland über ein anscheinend einseitiges Vorgehen der Kurie zu beseitigen, was die diplomatische Lage des deutschen Reichskanzlers naturgemäß ganz außerordentlich erleichterte. In seinen Verhandlungen mit dem Nuntius hat denn auch der Kanzler immer wieder betont, daß die Gewalttaten der Belgier und Franzosen im Ruhrgebiet doch die letzte Quelle aller jener deutscher Notwehrakte sind, daß es infolgedessen, um auch solchen Aktionen ein Ende zu machen, vor allem notwendig sei, diese eigentliche Quelle zu verstopfen, also päpstlicherseits eine entsprechende Mahnung an Belgien und Frankreich zu richten.

Das ist geschehen. Der „Osservatore Romano", das offiziöse Blatt der Kurie, veröffentlichte, noch ehe die Verhandlungen des Nuntius mit dem Kanzler zu Ende gingen, die Mitteilung, daß auf die Nachricht von strengen Maßnahmen der französischen und belgischen Regierungen in den besetzten deutschen Gebieten wegen des Eisenbahnunglücks bei Duisburg am 30. Juni die Kurie die Nuntiaturen in Paris und Brüssel telegraphisch angewiesen habe, bei der französischen und belgischen Regierung Vorstellungen zu erheben und mitzuteilen, Seine Heiligkeit erwarte, daß keine Maßregeln ergriffen würden, die zu noch stärkerer Erbitterung der Gemüter mit entsprechenden schmerzlichen Folgen führen könnten. Damit hat sich der Papst voll und ganz auf den deutschen Standpunkt gestellt, daß die Ursache dieser „schmerzlichen Folgen", also neuer deutscher Taten des „aktiven" Widerstandes, lediglich die französisch-belgischen Brutalitäten sind; der Wunsch, der gerade aus katholischen Kreisen Deutschlands nach dem Paccelli-Telegramm laut wurde, nun vor allem an Frankreich-Belgien eine dringende Mahnung zu richten, ist erfüllt. Daher wurde es der deutschen Regierung nun leichter gemacht, in den Unterhandlungen mit Paccelli zu einem Abschluß zu kommen. Sie veröffentlichte über diese Unterredungen ein amtliches Communiqué folgenden Inhalts:

„Nuntius Paccelli hat im Auftrage der Kurie die Sabotageakte im besetzten Gebiet zur Sprache gebracht und die Ansichten und Wünsche des Heiligen Stuhles eingehend dargelegt. In seiner Erwiderung hat der Reichskanzler darauf hingewiesen, daß es sich um Vorfälle handelt, die aus der Erregung eines gepeinigten Volkes und als verzweifelte Versuche der Notwehr zu erklären sind. Die Reichsregierung sei jedoch mit dem Heiligen Stuhle darin einig, jede verbrecherische Gewaltanwendung zu verurteilen."

Der Kampf an Rhein und Ruhr ist nicht die Tat, die Aktion einzelner; sie ist das Handeln im Rahmen einer Notgemeinschaft. Und ein Verbrechen gegen diese Notgemeinschaft begeht, wer unbesonnen unzweckmäßige Mittel bei dieser Notwehr anwendet. Darauf wies der Kanzler bereits in seiner Rede in Königsberg hin. Notwehr selbst ist kein Verbrechen, aber in der Notwehr muß immer Besonnenheit und zweckmäßiges Handeln walten, damit nicht der Schaden für des Volkes Notgemeinschaft größer ist als der Erfolg des Augenblicks.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Vor neuen Tariferhöhungen.

Auch bei der Reichspost werden zum 1. August abermals erhöhte Tarife in Kraft treten. Der Reichsrat, dem eine entsprechende Vorlage bereits zugegangen ist, wird am Dienstag dazu Stellung nehmen. Begründet wird die erneute Erhöhung damit, daß für den Monat Mai ein Zuschuß von 92 Milliarden, 226 Millionen Mark erforderlich gewesen sind. Der Ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrates ist für den 18. Juli zusammengerufen worden, um ebenfalls über die Frage zu beraten, ob am 1. August höhere Eisenbahntarife notwendig sind.

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund?

Wie verlautet, hat die englische Regierung in Berlin einen Fühler ausgestreckt, um festzustellen, ob die Reichsregierung unter Umständen geneigt sei, in den Völkerbund einzutreten. Innerhalb der Regierung und der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft herrscht grundsätzliches Einverständnis damit unter der Voraussetzung, daß an einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht etwa ein deutsches Zugeständnis darüber geknüpft wird, daß die Verwaltung der Rheinlande durch den Völkerbund übernommen wird. Ferner dürfe kein neues Schuldbekenntnis verlangt werden, und schließlich müsse Deutschland die Zusage gegeben werden, daß es als gleichberechtigtes Mitglied auch in den Völkerbundsrat eintreten könne.

Noch keine Einigung in der Saarfrage.

Die Verhandlungen des Völkerbundsrates über die Saarfrage haben immer noch kein Ergebnis gezeitigt. Die Debatte soll sich hauptsächlich auf eine Auseinandersetzung zwischen Lord Robert Cecil und dem französischen Haupt der Saarregierung Rault beschränkt haben. Rault kündigte an, daß eine Amnestie für alle nach den Verordnungen im März und Mai Bestraften erlassen worden sei. Ein engerer Ausschuß sollte sich über die Vorschläge einigen, die auf Grund der Anhörung der Mitglieder der Regierungskommission dem Rat zu machen seien. Man gelangte noch zu keiner Einigung.

Türkei.

× Der griechisch-türkische Friedensvertrag enthält folgende Punkte: 1. Die Türken lassen ihre Forderungen fallen, wonach Griechenland die Verteidigung in Anatolien hätte bezahlen müssen. 2. Griechenland gibt alle türkischen Schiffe, die es seit dem Waffenstillstand von Mudania beschlagnahmte, an den ersten Eigentümer zurück. 3. Die Räumung von Karagatsch durch die griechische Bevölkerung wird noch im einzelnen geregelt. 4. Die Türken gewähren Griechenland dieselben Vorteile des Handelsabkommens, wie sie den anderen Balkanstaaten zugestanden sind.

Aus In- und Ausland.

Warschau. Wie verlautet, hat das angebliche Duell zwischen dem Marschall Pilsudski und dem Kriegsminister General Szeptick nicht stattgefunden. Der Staatspräsident beabsichtigt, die Angelegenheit in friedlicher Weise zur Regelung zu bringen.

Riga. Die nach Riga einberufene Konferenz der Außenminister der baltischen Staaten und Polens hat am Sonntag begonnen.

Washington. Senator Underwood hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er die Forderung aufstellt, die Vereinigten Staaten sollten bei der Wiederherstellung der Welt helfen.

Deutscher Reichstag.

(377. Sitzung.) CB. Berlin, 7. Juli.

Die Schlußsitzungen des Reichstages vor einer längeren Ferienpause pflegen sich meist bis in den späten Abend hinzuziehen. So war es auch gestern, wo das Haus erst gegen 11 Uhr zur Vertagung schritt, um heute bereits vormittags eine noch umfangreichere Tagesordnung in Angriff zu nehmen, als sie gestern vorgelegen hatte.

In der Debatte über die Verbrauchssteuern sprach zunächst noch der deutschnationale Abg. Dr. Helfferich, der vor allem auf die außenpolitischen Ursachen unseres Finanz- und Steuerelends hinwies, und sich die Stellungnahme seiner Fraktion zu den Vorschlägen des Finanzministers vorbehielt. Der Demokrat Keinath erklärte, auch seine Freunde seien nicht ganz einverstanden, daß der Finanzminister das jetzige System der Einkommensteuer beibehalten will. Sie fordern eine Festmarkrechnung. Der Vertreter der bayerischen Volkspartei, Abg. Merck, hielt die Sätze der Einkommensteuer für zu hoch. Bei den Verbrauchssteuern beantragte er eine Herabsetzung der Biersteuer.

Zunächst wurde nun ein Nachtragsetat angenommen, der die Unterstützungsbeträge für gemeinnützige Anstalten und kulturelle Einrichtungen von 25 auf 51 Milliarden erhöht, wovon die Kirchen 25 Milliarden erhalten sollen. Dann trat man in die Einzelberatung der Steuervorlagen ein. Entsprechend dem Antrage Merck wurde beschlossen, daß das Bier, das der Ausschuß mit 17500 Mark pro Hektoliter besteuern wollte, nur mit 5000 Mark belastet wird. Ferner wurde die Mineralwassersteuererhöhung abgelehnt. Der kommunistische Antrag auf Erfassung der Sachwerte wird dem Steuerausschuß überwiesen. Im übrigen werden die Vorlagen ohne wesentliche Änderungen der Ausschußfassung endgültig angenommen.

Die Sonnabendsitzung.

Heute wurde ohne Aussprache zunächst ein Gesetzentwurf endgültig angenommen, der die gesetzlich festgesetzten Beträge für das Notenausgaberecht der Privatnotenbanken der Geldentwertung entsprechend erhöht. Dann begründete Abg. Ersing (Zentr.) einen Antrag auf Ablehnung der Beteiligung des Reiches an der Getreide-Kredit-Aktiengesellschaft. Reichskredite sollen danach der Gesellschaft nur unter der Bedingung gewährt werden, daß die Gesellschaft Konsumentenvertreter in ihre Verwaltung aufnimmt.

Abg. Gothein (Dem.) beantragte, nur die Reichsbeteiligung abzulehnen, nicht aber der Reichskreditaktiengesellschaft die Gewährung von Darlehen an die Getreideaktiengesellschaft zu untersagen. Ein weiterer Antrag verlangte, daß Darlehen nur auf wertbeständiger Grundlage gegeben werden sollen. Die namentliche Abstimmung über den Antrag Ersing (Zentr.) ergab seine Annahme mit 292 gegen 16 Stimmen, und zwar mit dem Zusatzantrag, daß nur wertbeständige Kredite gegeben werden sollen.

Der Gesetzentwurf, der den privaten Versicherungsunternehmungen die wertbeständige Anlage ihrer Gelder ermöglichen soll, wurde in zweiter und dritter Beratung debattelos angenommen, ebenso die Novelle zum Hypothekenbankegesetz. Sie erhöht die Umlaufsgrenze für Hypothekenpfandbriefe auf das Zwanzigfache des Garantiekapitals. Es folgte der Gesetzentwurf über

Wiedereinstellung und Kündigung im besetzten Gebiet.

Er gewährleistet den aus Anlaß der Ruhrbesetzung Entlassenen ein gesetzliches Recht auf Wiedereinstellung. Den Wiedereingestellten wird eine Unkündbarkeit ihrer Stellung für zwei Monate gewährleistet. Für die weitere Dauer der Ruhrbesetzung wird eine Kündigungssperre eingeführt. Dieser erhöhte gesetzliche Schutz wird beschränkt auf das besetzte Gebiet und die Randgebiete des Einbruchsbezirks. Unter den Schutz fallen nicht nur die privaten Arbeitnehmer, sondern auch die öffentlicher Betriebe. Nach einem Ausschußantrag soll trotz der Kündigungssperre eine Kündigung in den Fällen zulässig sein, wo der Arbeitnehmer die Annahme einer anderen Stellung verweigert, die ihm billigerweise zugemutet werden kann. Ein Antrag Aufhäuser (Soz.), Dr. Fick (Dem.) verlangt die Aufhebung dieses letzten Ausschußbeschlusses.

Abg. Esser (Zentr.) stimmt der Vorlage im ganzen zu. Man dürfe aber keineswegs als Träger des passiven Widerstandes allein die Arbeiter betrachten, sondern dazu gehören auch die Unternehmer. Leider werde jetzt schon von Unternehmern des unbesetzten Gebiets versucht, den Unternehmern des besetzten Gebiets die Kundschaft abzutreiben. Das Zentrum beantrage die Ausdehnung des Schutzgesetzes auf das ganze Reich.

Abg. Malzahn (Komm.) ist gleichfalls für die Ausdehnung auf das ganze Reich und beantragt die Streichung der Beschränkung auf die Entlassungen, die infolge der Ruhrbesetzung geschehen sind. Vor allem müßte die Regierung die Entlassungen der Eisenbahnarbeiter zurücknehmen.

Ein Zentrumsantrag, der die Beamten und Staatsarbeiter aus dem Gesetz ausnehmen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 150 gegen 129 Stimmen angenommen, mit ähnlicher Mehrheit auch die Streichung der Bestimmung, daß eine Wiedereinstellungspflicht nicht bestehe, wenn der Arbeitnehmer nachweislich nicht infolge der Ruhrbesetzung ausgeschieden ist. Ferner wurde ein Ausschußbeschluß gestrichen, wonach eine Kündigung dann möglich sein soll, wenn dem Arbeitnehmer eine andere Arbeitsstelle nachgewiesen wird. Im übrigen wurde die Vorlage in der Ausschußfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Präsident Löbe begrüßte die Annahme der Vorlage. Der Reichstag habe damit der Ruhrbevölkerung gezeigt, daß er ihrer nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten gedenke. (Beifall.)

In allen drei Lesungen wurde eine Ergänzung zum Notgesetz angenommen. Es soll die rechtliche Grundlage zur Vergütung der aus Anlaß der Ruhrbesetzung auftretenden Schädigungen deutschen Privatvermögens geben. Eine Novelle zur Reichsversicherungsordnung, die eine Vereinfachung der Verwaltung und in verschiedenen Versicherungszweigen eine bessere Anpassung an die Geldentwertung bringt, wurde ebenfalls in allen drei Lesungen angenommen.

Die Abg. Frau Sender (Soz.) begründete einen auch von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft eingebrachten Gesetzentwurf, durch den die Wartezeit für den Bezug der Erwerbslosenunterstützung auf drei Tage abgekürzt werden kann.

Lohn- und Währungsfragen.

Nachdem der Gesetzentwurf zur Reichsversicherungsordnung angenommen war, folgte die gemeinsame Beratung der Anträge, die zur Lohn- und Währungsfrage vorliegen. Es handelt sich um einen sozialdemokratischen Antrag, der ein Strafgesetz zum Schutz der Währung verlangt und fordert, daß mit schweren Strafen belegt werden soll, wer mit fremden Zahlungsmitteln und Edelmetallen währungsschädigende Geschäfte macht.

Ein zweiter sozialdemokratischer Antrag verlangt eine Verordnung zur Erhaltung der Wertbeständigkeit für die Gehalts- und Lohnbezüge aller Arbeiter, Angestellten und Beamten. Danach soll die jeweils vereinbarte Entlohnung in ein bestimmtes Verhältnis zur amtlich festgesetzten Kaufkraft der Mark gebracht werden (Lohnmeßziffer). Zu den Grundlagen soll dann ein Zuschlag nach dem Verhältnis der durch den Lohnindex wöchentlich ermittelten Verminderung der Kaufkraft der Mark hinzutreten. Dieser Index setzt sich zusammen aus dem amtlichen Lebenshaltungsindex und einem mit den zuständigen Organisationen zu vereinbarenden Meßfaktor, durch den die in der Lohnzahlungswoche zu erwartende weitere Preisänderung berücksichtigt wird. Dieser Grundsatz soll auch auf die Beamten und Staatsangestellten sinngemäß angewendet werden. Weiterhin fordert der Antrag die Anwendung des gleichen Index auf die Sozialrenten und Unterstützungen. Ferner sollen die zuständigen Stellen angewiesen werden, Tarifverträge mit der Wertbeständigkeitsklausel für rechtsverbindlich zu erklären. Auch für Privatangestellte soll die mindestens vierzehntägige Gehaltszahlung angeordnet werden. Aufträge des Reiches sollen nur an solche Firmen gegeben werden, die für ihre Arbeitnehmer die wertbeständige Entlohnung eingeführt haben.

Es liegt noch ein Zentrumsantrag vor, der die Regierung um Maßnahmen ersucht, die bei fortschreitender Geldentwertung eine schnellere und bessere Anpassung der Gehälter und Löhne sowie der Renten vorsehen sollen. Der Arbeitsminister soll die Durchführung solcher Vereinbarungen auch in der Privatwirtschaft fördern.

Der sozialdemokratische Abg. Wissell begründete die sozialdemokratischen Anträge und erklärte u. a., der Dollar oder Goldzollaufschlag könne unmöglich als Wertmesser dienen, weil auf eine Senkung des Dollarkurses der Lebenshaltungsindex dennoch steigt.

Der Zentrumsabgeordnete Ersing schloß sich zum großen Teil den Ausführungen des Vorredners an und erklärte, daß das Zentrum mit den Zielen des sozialdemokratischen Antrages einverstanden sei, daß aber die Erfahrungen mit der Zentralindexkommission in Österreich nicht ermutigend gewesen wären.

deshalb erscheine ihm die Einzelforderung der sozialdemokratischen Anträge nicht als zweckmäßig, vielmehr wünsche das Zentrum die Regelung dieser Frage in den Gemeinden.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes

erklärte, daß er mit dem in den beiden Anträgen enthaltenen Grundgedanken einer schnelleren und besseren Anpassung der Löhne an die Geldentwertung vollständig einverstanden sei. Gegen den Lebensmittelindex als Wertmesser bestünden aber auch vom Arbeitnehmerstandpunkt aus manche Bedenken. Vielleicht werde man die Aufgabe, den richtigen Wertmesser zu finden, einer ständigen Lohnkommission überlassen müssen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bestätigte, daß die Regierung das Ziel der beiden Anträge billige, daß sie aber gegen gewisse Einzelforderungen des sozialdemokratischen Antrages gewichtige Bedenken habe. Für die Privatwirtschaft-Arbeitnehmer werde die notwendige Wertbeständigkeit der Bezüge am besten durch tarifvertragliche Vereinbarungen erreicht werden.

An die Ausführungen der beiden Minister schloß sich eine lange Debatte, in der die Redner der verschiedenen Parteien zu dem Antrag Stellung nahmen. Da auch über die gestern eingebrachten bayerischen Anträge der Sozialdemokraten noch keine Einigung erzielt war, zogen sich die Verhandlungen noch lange hin, ehe sich der Reichstag vertagen konnte. Es soll nunmehr eine längere Pause in den Beratungen eintreten, und die Einberufung der nächsten Sitzung dem Ermessen des Präsidenten anheimgestellt werden.

Die neuen Großhandelspreise.

137 % Steigerung im Juni.

In fortschreitender Anpassung an die akute Markentwertung ist das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts von dem 8170fachen des Friedenszustandes im Durchschnitt Mai auf das 19 385fache oder um 137 % im Durchschnitt Juni emporgeschnellt. Der Dollar wurde im Durchschnitt Mai mit 47 670 Mark und im Durchschnitt Juni bei vorübergehender Senkung in der zweiten Hälfte des Monats mit 109 996 Mark oder um 131 % höher bewertet. Dieser Bewegung folgten die Einfuhrwaren mit einer Steigerung von dem 13 601fachen auf das 31 166fache oder um 129 %, während das tieferliegende und der Devisenbewegung erst in gewissem Abstande folgende Preisniveau der Inlandswaren von dem 7084fachen auf das 17 029fache oder um 140 % anzog.

Anfang Juli dauert mit der Markentwertung die Preissteigerung auf allen Gebieten der Warenwirtschaft an. Am Stichtage des 3. Juli erreicht die Gesamtindexziffer der Großhandelspreise das 33 828fache des Friedensstandes. Das bedeutet gegenüber dem Stande vom 25. Juni (24 618fache) eine Erhöhung um 37 %. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel unter dem Einfluß der Preishausse am Getreidemarkte von dem 18 730fachen am 25. Juni auf das 29 597fache oder um 58 %, die Industriestoffe gleichzeitig von dem 35 624fachen auf das 41 737fache oder um 17 %, ferner die Inlandswaren von dem 22 459fachen auf das 31 051fache oder um 38 % und die Einfuhrwaren von dem 35 410fachen auf das 47 714fache oder um 35 %.

„Genugtuung" für Duisburg verlangt.

Ablehnung durch die Reichsregierung.

Die Vertreter Belgiens und Frankreichs haben dem Reichskanzler einen Besuch abgestattet und dabei den Vorfall auf der Rheinbrücke bei Duisburg zur Sprache gebracht. Beide Missionschefs haben die Auffassung ihrer Regierungen dargelegt, daß sich die Reichsregierung durch ihre Verordnungen für den passiven Widerstand und durch Beileidstelegramme auch für die aktivistischen Erscheinungen des Widerstandes verantwortlich gemacht habe.

Aus diesem Grunde müßten die belgische und die französische Regierung fordern, daß die Reichsregierung das Attentat auf der Duisburger Brücke mißbillige und alles unternehme, um die Täter zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Zum Beweis für die Beteiligung von Deutschen hat der belgische Gesandte mitgeteilt, daß auf der Brücke Bruchstücke einer Explosionsbombe gefunden worden seien.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat den beiden Vertretern im folgenden Sinne geantwortet: Der Vorfall bei Duisburg sei der Deutschen Regierung bisher nur aus Zeitungsmeldungen bekannt. Ihre Versuche, sich ein klares Bild davon zu verschaffen, seien gescheitert, was nicht zu verwundern sei, da die deutschen Lokalbehörden keinerlei Möglichkeit hätten, den Sachverhalt an Ort und Stelle nachzuprüfen. Die von der Deutschen Regierung nach Beginn der Ruhraktion erlassenen Verordnungen seien nicht die Ursache, sondern die Folge des passiven Widerstandes. Die Beileidstelegramme im Falle Schlageter seien eine durchaus natürliche und selbstverständliche Kundgebung, nachdem ein deutscher Mann von fremden Kriegsgerichten auf deutschem Boden den für eine wahrlich nicht aus ehrlosen Motiven begangene Handlung widerrechtlich verurteilt und hingerichtet worden sei. Man dürfe nicht vergessen, daß bevor irgendeinem Franzosen oder Belgier im besetzten Gebiet auch nur ein Haar gekrümmt worden sei, bereits mehr als 20 Deutsche schuldlos ihr Leben unter den Kugeln der Besatzungstruppen eingebüßt hätten.

Ein Gewaltakt, der nach der belgischen und französischen Darstellung auf der Duisburger Brücke begangen worden sei, liege nicht in der Absicht und in der Politik der deutschen Regierung, die nichts unterlasse, um die gepeinigte Bevölkerung zum besonnenen Verharren auf der Linie des passiven Widerstandes zu bewegen. Die Angabe, daß man am Ort der Tat Trümmer einer Bombe gefunden habe, könne jedoch keineswegs genügen, um die deutsche Regierung von einer verbrecherischen Beteiligung Deutscher zu überzeugen. Die Reichsregierung werde sich weiter dazu äußern, sobald ihr in konkreter Form das Ergebnis der bisherigen Untersuchung vorgelegt werde.

Im übrigen sei zu bemerken, daß die deutsche Regierung in mehreren Fällen gefordert habe, den deutschen Behörden zu einer Untersuchung an Ort und Stelle Gelegenheit zu geben. Dieser Forderung sei niemals entsprochen worden. Ebensowenig habe die französische Regierung auf den wiederholten Vorschlag, eine internationale Untersuchungskommission zur Feststellung des Tatbestandes einzusetzen, eine Antwort erteilt.

Poincaré und der Papst.

Frankreich will keine Verständigung.

Die französische Kammer debattierte eingehend über den Brief des Papstes an Gasparri. Dabei nahm auch Poincaré das Wort und erklärte, daß keine Rede davon sein könne, wegen dieses Briefes den Vertreter Frankreichs beim Vatikan abzuberufen. Wenn man jedesmal einen Geschäftsträger abberufen wollte, soweit sich ein Zwischenfall zwischen zwei Ländern ereignet, so wäre kein Ende des diplomatischen Wechsels zu übersehen. Schon seit Ludwig XIV., so fuhr Poincaré fort, habe man in Frankreich die Einmischung des Vatikans in die staatlichen Geschäfte Frankreichs nicht zugelassen.

Keine weltliche oder geistliche Macht könne Frankreich davon abbringen, die „Ausführung des Versailler Vertrages" fortzusetzen. Frankreich, das bereits 100 Milliarden vorgeschossen habe, sehe sich zu seinem Bedauern gezwungen, gewisse große internationale Finanzkonzerne noch einige Zeit warten zu lassen. Deutschland müsse aufseinen „verbrecherischen Widerstand" verzichten. Wenn Deutschland dann seine Verpflichtungen erfülle, werde das Ruhrgebiet geräumt werden nach Maßgabe der deutschen Leistungen. Dies seien Wahrheiten, von denen die Verbündeten Frankreichs und der Vatikan sich hoffentlich überzeugen werden und deren Triumph Frankreich sichern werde.

Daraufhin genehmigte die Kammer mit 388 gegen 190 Stimmen die von der Regierung geforderte einfache Tagesordnung, was soviel bedeutet, daß der unversöhnliche Poincaré wieder einmal das Vertrauensvotum der unversöhnlichen Kammer erhalten hat.

Verlängerung der Verkehrssperre.

Auf weitere sechs Wochen.

Wie aus Köln berichtet wird, beabsichtigen die Franzosen, die Verkehrssperre auf sechs Wochen zu verlängern, da die Urheber des Duisburger Eisenbahnunglücks noch nicht ermittelt worden seien. Regierungspräsident Dr. Grützner hat an den päpstlichen Delegierten, Monsignore Testa, ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die nachteiligen Folgen der Verkehrssperre für die Versorgung des Gebietes mit Nahrungsmitteln hinwies.

*

Neue „Sanktionen" über Duisburg.

Über Duisburg sind weitere Strafmaßnahmen verhängt worden. Die Eisenbahner von Duisburg und Umgebung sind von der belgischen Besatzungsbehörde aufgefordert worden, sich bei der belgischen Kommandantur zu melden, worauf ihre Ausweisung erfolgen wird. Es kommen etwa 200 Eisenbahnerfamilien mit etwa 700 Personen in Betracht.

In Aachen wurde ein Deutscher von einem belgischen Posten erschossen. Über die Person des Erschossenen ist noch nichts bekannt. In Aplerbeck ist ein Arbeiter in einem Straßengraben von einem französischen Posten erschossen worden.

Welfenfonds und Welfenschatz.

Ein Prozeß und ein Verkaufsverbot.

Das Reichsgericht hatte dieser Tage über einen Rechtsstreit, den das Haus Braunschweig-Lüneburg mit dem preußischen Staat über den Welfenfonds führt, als letzte Instanz zu entscheiden. Der preußische Staat hat das Recht, von den Zinsen des Welfenfonds, der einst in Höhe von 48 Millionen Mark an König Georg V. von Hannover für den Verzicht auf die hannoversche Königskrone gezahlt worden war, 300 000 Mark für die Erhaltung des Schlosses Herrnhausen bei Hannover zu verwenden. Infolge der fortschreitenden Geldentwertung hatte der preußische Staat auch die weiteren Zinsen dieses Fonds angegriffen. Dagegen hat das Haus Braunschweig-Lüneburg Feststellungsklage erhoben, die vom Landgericht abgewiesen, vom Kammergericht aber genehmigt worden war. Die hiergegen vom preußischen Staat eingelegte Revision ist vom Reichsgericht verworfen worden.

Die Familie der Welfen macht aber zurzeit noch in anderer Weise von sich reden. Wie schon vor einiger Zeit gemeldet wurde, beabsichtigt der Herzog von Cumberland den berühmten welfischen Silberschatz, der alte, wundervolle Arbeiten der hervorragendsten Silberschmieden von England und Frankreich sowie aus der deutschen Renaissancezeit umfaßt, und der sich in Gmunden befindet, ins Ausland zu verkaufen. Als Kaufpreis soll der Herzog 30 Millionen Dollar genannt haben. Nun hat die österreichische Landesregierung den Silberschatz unter Aufsicht gestellt und auf Grund des Gesetzes über die Ausfuhr von Kunstwerken den Verkauf der Sammlung verboten. Der Herzog beabsichtigt, gegen diese Entscheidung zu prozessieren mit der Begründung, daß der Schatz seinerzeit aus politischen Gründen nach Österreich gebracht worden und eigentlich in Hannover heimatberechtigt sei.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 10. Juli 1923.

□ **Änderung der Gebühren im Postverkehr nach dem Ausland.** Der deutsche Gegenwert des Goldfrank bei der Gebührenerhebung im Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 9. Juli an auf 36 000 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

□ **Sonderzugkarten auf dem besetzten Gebiet.** Die Verkehrssperre im besetzten Gebiet macht Inhabern von Sonderzugkarten auf dem besetzten Gebiet die Benutzung der während der Sperrzeit verkehrenden Sommersonderzüge unmöglich. Der Reichsverkehrsminister hat deshalb die Zulassung der Sonderzugskarten auf dem besetzten Gebiet nach Ablauf der Verkehrssperre zu geöhnlichen Eil- und Personenzügen und zu Schnellzügen gegen Lösung von Zuschlagskarten angeordnet.

—* hk. **Die wirtschaftliche Lage im Juni 1923.** Nach dem Bericht der preußischen Handelskammern stand der Berichtsmonat im Zeichen der weiteren außerordentlichen Markverschlechterung. Sie führte auf der einen Seite zu einer starken Belebung des Handels, so daß in einer großen Reihe von Wirtschaftszweigen eine Besserung eintrat, so z. B. in der Textil-, Leder-, Papier-, Kautschuk und Glasindustrie. Auch die Kali-, Maschinen- und chemische Industrien hatten bessere Abschlüsse aufzuweisen, und der Baumarkt belebte sich fast überall. Auf der anderen Seite führte die Markverschlechterung zu ganz außerordentlichen Preissteigerungen, die wieder eine starke Beunruhigung in den Kreisen der Lohn- und Gehaltsempfänger zur Folge hatte. Ihr konnte durch überall sofort eingeleitete Lohnverhandlungen die Schärfe genommen werden. Die vereinbarten Lohnaufbesserungen betrugen in der ersten Junihälfte gegenüber Mai durchschnittlich 55—60 v. H., und in der zweiten Junihälfte rund 60 v. H. gegenüber der ersten Hälfte des Monats. Leider kam es im oberschlesischen Kohlengebiet und im Zusammenhang damit auch im Waldenburger Revier zu einem Streik, der die Kohlenproduktion ungünstig beeinflußte. Die Absatzverhältnisse im besetzten Gebiet haben sich noch ungünstiger gestaltet. Der Druck

Harte Menschen

Roman von **Alexander Römer.**

30) Nachdruck verboten

Er raffte seinen Hut vom Tisch und stürmte aus dem Hause. Frau Konzes Mahnung, die Tür zu schließen, war seinem Gedächtnis entschwunden. Der trockene Wind blies zum Fluß herüber, trieb ihm Sand in die Augen und drohte ihm den Hut vom Kopfe zu reißen.

Er eilte wie gejagt vorwärts, die Gedanken tobten in seinem Kopf. Er mußte einen Prozeß anfangen, Anklage erheben — aber, was er auch tat — der Ruin war doch da. Ob dieser Reller ihm nicht helfen konnte? Ob der keine Beweise hatte? — Ein dunkles Gefühl sagte ihm oft, der wußte mehr als er.

Herr Müller saß keuchend auf seinem Stuhl. Der Bengel wurde wohl verrückt, er trachtete ihm im Ernst nach dem Leben.

„Ja, das könnte dir passen!" — hämisch verzogen sich die bläulich gewordenen Züge des bösen Gesichtes — „aber hier, diese Muskeln sind noch zäh, ich räume euch nicht das Feld. Eine Warnung bedeuten mir freilich solche Dinge." Morgen, sicher morgen, wollte er zum Rechtsanwalt gehen, sein Testament aufsetzen in aller Form.

Ha! ha! ha! Die Gesichter, die sie schneiden würden dann über seinem Sarge. Wohltätigkeitsanstalten, Altweiberspitteln, Stiftungen für Witwen und Waisen sollte sein Erworbenes zugute kommen, damit sicherte er sich einen Platz im Himmel. Ha! ha! ha! Seine Noterben waren sie nicht, nur seine natürlichen, wenn er ohne Testament starb.

In grimmigem Vergnügen rieb Herr Müller sich die Hände. Ihm zitterten doch die Glieder noch ein wenig nach der Attacke, der heillose Bengel! Und daß die alte Konze auch heute zur Hochzeit ging.

Er wollte übrigens nachsehen, ob die Tür geschlossen war und den Schlüssel umdrehen, er war heute nicht zu Hause für Besucher. Er stand schwerfällig auf und wandte sich zur Tür.

Entsetzt prallte er zurück. Da stand eine hohe Gestalt, sie trat auf ihn zu. Sein Herz stand fast still vor Schreck.

Es herrschte stets Halbdämmerung in diesem seinem kleinen Wohnzimmer, dessen Fenster auf den engen Klostergang ging, auch heute, an diesem hellen Aprilnachmittag herrschte unsicheres Licht.

Herr Müller starrte mit weit aufgerissenen Augen auf die fremde Erscheinung. Er trug meist eine Brille, sah aber sehr scharf ohne dieselbe. Jetzt war ihm das gewohnte Schutzmittel bei der Rauferei vorhin herabgeglitten und lag noch auf der Erde neben seinem Sitz. Er starrte daher mit unbewaffneten Augen auf den Eindringling, der merkwürdigerweise auch stumm ihm gegenüberstand.

„Wer — wer sind Sie? Was — was wollen Sie?" kam es endlich stotternd über des Alten Lippen.

„Wer ich bin — ein alter Bekannter, Herr Müller. Sie müssen sich gewundert haben, daß ich nicht schon längst bei Ihnen war. Oder vermuten Sie wirklich nicht in dem Amerikaner der Maria Brandes Sohn? Hielten Sie den so unumstößlich sicher für einen Toten?"

Herrn Müllers Atem ging kurz. In dem Ton, und auch in den Worten des Besuchers lag etwas, was sein Blut erstarren machte. Er nahm sich indes gewaltsam zusammen, er war ja nicht ganz unvorbereitet, er sah sich ängstlich um, als schaue er nach einer Hilfe aus, nach einem Gegenstand zur Wehr.

„Maria Brandes — Brandes!" wiederholte er, als ob er sich besänne.

„Soll ich Ihrem geschwundenen Gedächtnis nachhelfen, Herr Müller?" Die breite mächtige Gestalt rückte ihm drohend näher, — der Alte wich scheu zurück, er versuchte, sich hinter dem Tisch zu verschanzen.

Georg Reller, — wie er sich bisher genannt, in Wahrheit Georg Brandes, lachte rauh auf. „Packt dich die feige Angst, Schurke!" rief er.

„Angst, Angst, warum?" keuchte Müller. „Maria Brandes ist ja lange tot, ich habe sie selbst mit begraben helfen, und ihr Junge — niemand weiß, was aus ihm geworden ist. Ich habe für die Maria getan, was ich konnte — ich habe vielen Menschen geholfen, — aber meistens bringen sie sich selbst immer wieder ins Elend. Die Maria ließ sich auch nicht raten —"

Herr Müller war in Zug gekommen, er redete hastig, in verdrießlichem Tone. Ihm war halb wirr im Kopfe, seine Schwester, dieses Lügenweib, hatte ihm doch gestern noch gesagt, der — der Amerikaner sei abgereist. Es hatte ihm eine große Erleichterung gewährt. Nun drang dieser — dieser furchtbare Mensch — bei ihm ein, überfiel ihn, da er allein und hilflos war — seine zitternden Finger tasteten nach der Schieblade des Tisches.

Dabei donnerte ihm das „Halt!" seines Gegenüber in die Ohren, das dessen Antwort auf seine letzte Rede war — und er zuckte zusammen. Seine Knie wankten, er fiel auf den Stuhl.

„Halt! Wage es nicht, ein Wort auf meine Mutter zu sagen, Elender — ich — sieh, diese Fäuste möchten sich nicht halten lassen und dich an der Gurgel packen — du — du —!"

Der finstere Mann in seiner bebenden Wut bot einen furchterregenden Anblick.

„Du — du hast den Kuppler gespielt, du, der du zum Vormund der jungen Waise bestellt warst, die sich so mühsam ihr Brot als Buchhalterin ehrbar erwarb. Du vermitteltest die Zusammenkünfte mit dem Manne, der der Unerfahrenen mit heiligen Eiden schwor, sie zu seiner Frau zu machen. Und als er dann versetzt wurde, und seiner Familie, seiner Karriere wegen das große Geheimnis für nötig erachtet wurde, da warst du der gefällige Zwischenträger. An dich wurden die Briefe adressiert, an dich auch die Gelder, die später, als die arme Verlassene ihrer Stelle verlustig, in Unehre, in Not war, vom Vater ihres Sohnes für sie gesandt wurden. Wie kam es, daß Maria Brandes diese Gelder nicht erhielt, ebenso wenig wie die Briefe, die ihr doch gesagt hätten —" Georg Brandes Stimme war immer dumpfer geworden, das Vergangene wühlte so herauf, daß es ihn fast erstickte.

Der Alte saß und stierte vor sich hin, er wagte nicht, aufzublicken. Jetzt, als von den Geldern die Rede war, fuhr er auf: „Gelder! Gelder!" schrie er, er suchte seine Angst jetzt unter lautem Gepolter zu verbergen, „wie können Sie mir mit solchen Reden kommen, wie können Sie hier bei mir eindringen, mich bedrohen, beschimpfen, ich werde um Hilfe rufen, ich —!" Der keuchende Atem versagte. Der schreckliche Mann beugte sich noch zu ihm.

(Fortsetzung folgt.)

Börse und Handel.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze		7. 7. gesucht	7. 7. angeb.	6. 7. gesucht	6. 7. angeb.
Holland	1 Gulden	68827,50	69172,50	68827,50	69172,50
Dänemark	1 Krone	30723,00	30877,09	30324,00	30476,00
Schweden	1 Krone	46383,50	46616,50	46383,50	46616,50
Norwegen	1 Krone	28339,00	28470,00	28029,50	28170,50
Schweiz	1 Frank	30224,00	30476,00	30324,00	30476,00
Amerika	1 Dollar	175560,0	176440,0	175516,0	176440,0
England	1 Pfund	792550,0	802000,5	798000,0	802000,0
Frankreich	1 Frank	10274,0	10326 0	10274,00	10326,00
Belgien	1 Frank	8628,00	8672,00	8623,00	8672,00
Italien	1 Lira	7531,00	7569,00	7531,30	7539,00
Dt.-Österr.	100 Kron.	259,35	269,65	249,37	256,33
Ungarn	1 Krone	20,29	20,41	20,29	20,41
Tschechien	1 Krone	5386,50	5413,50	5361,20	5388,50

* **Produktenmarkt.** Berlin, 7. 7. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 490 000—510 000. Steigend. Roggen, märkischer 350 000—375 000. Steigend. Gerste, Sommergerste, märkische, 390 000—410 000. Steigend. Hafer, märkischer, 375 000 bis 390 000. Scharf steigend. Mais loko Berlin 405 000. Sehr fest. Weizenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin 1 500 000 bis 1 600 000, feinste Marken über Notiz bezahlt. Sehr fest. Roggenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin 1 100 000—1 250 000. Sehr fest. Weizenkleie 230 000—240 000, Roggenkleie 235 000—245 000. Fest. Raps ohne Angebot. Leinsaat ohne Angebot. Viktoriaerbsen und kleine Speiseerbsen ohne Angebot. Trockenschnitzel 165 000—175 000, vollwertige Zuckerschnitzel 240 000—250 000, Torfmelasse 30-70 160 000—170 000, Kartoffelflocken 365 000 bis 385 000 M.

Eingesandt.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion).

Schalksmühle, 9. Juli 1923.

Ein Mahnruf in ernster Stunde!

Alle Welt lobt die braven Eisenbahner, sowie überhaupt das tapfere Verhalten der Bevölkerung in den besetzten Gebieten und des Ruhmes will es schier kein Ende nehmen.

Ueberall wo die Tagesereignisse Gesprächsstoffe bilden, in Zeitungen, in den Abteilen der Eisenbahn, auf Straßen und Plätzen, natürlich auch da, wo jede Tatsache, sei sie auch noch so unbedeutend, gründlich durchgekaut wird, am Biertisch bei gutem Friedenstrunk, weiß man die „Braven" nicht genug zu loben. (Dieselben Bilder, wie sie uns der Weltkrieg zeitigte.)

Diese Eisenbahner und sonstigen Beamten, wurden wegen ihrer Treue zum Vaterlande, zum Deutschtum und den übrigen deutschen Volksgenossen ausgewiesen, erst einzeln, dann hier und da in größerer Anzahl und nun in Massen. An die Biertischstrategen und viele sonst sich mitunter so national Gebärenden trat nun die die Aufgabe heran, in ihren Häusern Platz zu schaffen, um diesen Unglücklichen, von Haus und Hof vertriebenen deutschen Brüdern eine vorübergehende Unterkunft zu gewähren. Aber ein großer Teil dieser Leute, die sich sonst ihres nationalen Gefühles nicht genug rühmen können, versagt kläglich. Zwangsweise muß vorgegangen werden, wenn das eigene moralische Pflichtgefühl versagt, es müssen Räume frei gemacht werden, für diese Armen.

Die Behörden versagen, wenigstens bei uns. Ist es nicht eine Schmach, daß hier in Schalksmühle bisher nur 3 Familien untergebracht werden konnten, aber es geht auch hier nach dem Wort: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß".

Man spricht soviel von Landesverrat. Ein Staatsgerichtshof wurde gebildet. Selbstschutzorganisationen von rechts, proletarische Hundertschaften von links wurden aufgelöst, weil sie staatsgefährliche, landesverräterische Umtriebe verfolgten.

Aber was ist denn das Verhalten jener Leute, die sehr gut ein paar Räume frei machen könnten, um die für uns Leidenden vorübergehend unterzubringen, sich aber diesen Pflichten durch allerlei Ausflüchte zu entziehen wissen, anders als Landesverrat?

Die hier tätigen Eisenbahner sehen die Lauheit der Bevölkerung, sie werden vielleicht im Falle einer Besetzung unseres Tales und ihrer Ausweisung nicht mehr den Mut und die Kraft haben, für ihr Vaterland und ihre Volksgenossen sich zu opfern, sondern für den Feind arbeiten, weil sie hier den besten Anschauungsunterricht erhalten, wie die „Etappe" sich ihren selbstverständlichsten Pflichten zu entziehen versucht.

Man komme nicht mit dem Einwande: „die ausgewiesenen Eisenbahner solle man besser im inneren Deutschland und auf dem Lande unterbringen, wir gehören so quasi auch zum besetzten Gebiet", das ist eine bequeme Ausrede. Wir haben auf alle Fälle die Pflicht, das wir uns unserer Volksgenossen annehmen und ihre Leiden zu lindern suchen. Eine ganze Reihe Häuser könnten noch Ausgewiesene aufnehmen und ihnen eine wohnliche Stätte bereiten, anderseits aber zeugt es von wenig Nationalgefühl, wenn diese Armen in irgend einem dunklen Winkel oder Keller untergebracht werden, daß ihnen die Lust zum Verbleib vergeht, wo genügend andere Räume vorhanden sind.

Es ist wirklich an der Zeit, daß von Amtswegen organisatorisch vorgegangen und notwendigenfalls eine Diktatur über solche Leute ausgeübt wird, die sich in des Vaterlandes höchster Not ihren elementarsten Pflichten zu entziehen versuchen, werden die für unser engeres Tal in Frage kommenden beiden Verwaltungen endlich einmal wissen, was des Vaterlandes Not in schwerster Stunde diesen notorischen Drückebergern gegenüber von ihnen fordert? Wir verlangen Taten!

Einmal hat die Etappe, die Heimat, durch niederträchtigen Egoismus die kämpfende Fronttruppe verraten, schmählich verraten, wollen wir dasselbe Drama heute wieder erleben?

H. M

Turnen, Spiel und Sport.

+ **Halver,** 9. Juli. Am gestrigen Sonntag fand in der Turnhalle hierselbst ein Werbeturnen zwischen dem Hagener Turn- und Rasenspielverein e. V. „Jahn" Hagen und Vereinigte Turn- und Spielvereine e. V. Halver statt. Beide Vereine hatten 8 ihrer besten Turner als Muster-Riege gestellt. Der Besuch der Veranstaltung war ein zufriedenstellender. Nach dem ersten Durchgang konnte man sehen, daß die Hagener Turner den Halverschen weit überlegen waren und so konnte es nicht ausbleiben, daß die Hagener den Sieg davontrugen. Die Hagener Riege erreichte eine Punktzahl von 752 und die Halversche Riege eine von 654. Die Leistungen beider Riegen waren hervorragend und zeugten von guter Schulung und künstlerischer Höhe im Turnen. Turnzöglinge füllten die Pausen durch Musikvorträge (Klavier und Geige) treffend aus. Der Vorsitzende des Halverschen Vereins Albert Backhaus wies eingangs seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß das große deutsche Turnerfest in München bereits seinen Anfang genommen habe. In den Tagen vom 7.—14. Juli fänden die Haupt-Entscheidungskämpfe statt, woran auch einige Turner des hiesigen Vereins teilnähmen, er wünsche ihnen besten Erfolg.

Sp. **Zur Förderung des Segelflugwesens** hat der Reichsverkehrsminister die Gestellung großräumiger gedeckter Wagen für Stückgutsendungen von Teilen motorloser Flugzeuge bis auf weiteres zugelassen und die Reichsbahndirektion entsprechend verständigt.

Sp. **Schachmeisterturnier.** Der Stand nach der vierten Runde des Schachmeisterturniers in Mährisch-Ostrau ist: Reti 3½, Spielmann 2½ (1), Rubinstein, Selesnieff, Dr. Tartakower 2½, Dr. Lasker 2 (1), Euwe, Grünfeld 2, Bogoljubow 1½ (1), Walter 1 (1), Okorny, Dr. Tarrasch, Wolf 1, Hromadka ½.

Sp. **Deutscher Schwimmweltrekord in Göteborg.** Die zu den Wettbewerben in Göteborg entsandten deutschen Schwimmer haben glänzende Erfolge zu verzeichnen. Im 200-Meter-Brustschwimmen besetzten sie die drei ersten Plätze. Rademacher siegte in der neuen Weltrekordzeit von 2 Minuten 55,7 Sekunden gegen Sommer (2 Minuten 58,1 Sekunden) und Bähre (3 Minuten 06,2 Sekunden). Für die Entscheidung im Kunstspringen qualifizierten sich die Deutschen Luber, Lechnir und Wiesel, außerdem die Schweden Eklund und Ramharter. In den Ringerwettbewerben konnte der Berliner Mittelgewichtler Rieger bisher zwei Siege erringen, gegen Jaaren (Norwegen) und gegen Hansen (Schweden).

Berlin, 9. Juli. An der heutigen Börse notierte der Dollar 179 550.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Einladung zur

Sitzung der größeren Gemeindevertretung

am **Mittwoch, den 11. Juli,** nachm. 3 Uhr, im Konfirmandenhause.

Tagesordnung:

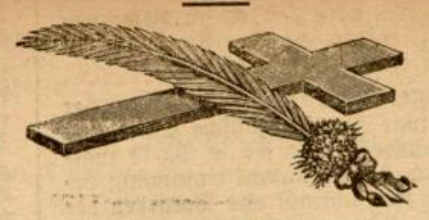
Besoldung des Rendanten, der Organisten und des Küsters.
Nachtrag zur Kirchensteuer für 1923.
Verschiedenes.

Wenn diese Sitzung nicht beschlußfähig ist, findet an demselben Tage um 6 Uhr eine neue statt, die auf alle Fälle beschlußfähig sein soll

Halver, den 7 Juli 1923.

Der Vorsitzende: D. Dresbach.

Nachruf!



Am 4. Juli abends 8 Uhr wurde

Herr Willy Oeckinghaus

aus Kierspe

durch den Tod unserem Kreise entrissen.

Wir verlieren in ihm einen treuen gewissenhaften Mitarbeiter, der unser aller Interessen in in strengster Pflichterfüllung mit fördern half. Seine immer gleich stille und freundliche Art hat ihn uns auch als Menschen nahe gebracht, den zu verlieren uns tief erschütterte.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten

Die Inhaber und Angestellten
der Firmen
Stock & Co., Elberfeld-Sonnborn,
Stocko G. m. b. H., Elberfeld.

Geschwister Vogt,
Halver i. Westf.
Industriebedarf,
Fernsprechanschluß Nr. 12
unterhalten ständig Lager in:
Ia. Kernleder-Treibriemen,
Kamelhaar-Ia. Baumwollriemen
Ia. Lederleim : Putzwolle
Holzwolle : Packpappen
Packpapiere u. Seidenpapiere
Kordel : Bindfäden usw.

Feilen
Weißkopf,
Maschinengesellschaft m. b. H.
Elberfeld-Turmhof.
Fernsprecher 5206/7.

Anzüge und Schlüpfer
Damen-Konfektion
auf
Teilzahlung
kaufen Sie, wie bekannt, am reellsten und billigsten bei
Schiffeliers
Hagen
Elberfelderstraße 96
Eingang i. Möbelgeschäft

Neuemaillieren und Vernickeln
von Fahrrädern u. Motorrädern
sowie
sämtl. Reparaturen
Lieferung von Ersatzteilen,
Neueinsetzen von Rahmenrohren,
Schweißen von Bruchstellen
führen aus
W. Seck & P. Becker,
Halver i. W., Kölnerstr. 87.
Telefon 292.



Gerner & Co.
Hagen-Westf.
Elberfelderstraße 80 • Fernsprecher 2580

Achtung! Werke u. Private!
Bitte ausschneiden und aufbewahren. Ich annonciere nicht oft, aber bezahle immer weit höhere Preise wie die Konkurrenz
Kaufe:



920

Zinn
Aluminium
Kupfer
Rotguß
Messing
Zink
Blei
Kern-Eisen

Für Auswärtige bei 10 kg Metall volle Fahrtvergütung.

Bei größeren Posten hoher Aufschlag.
Hole auch auf Wunsch ab.
Kaufe auch von Händlern.
Metall-Handlung Carl Bels,
Hagen i. W. Goldbergstraße 13.
Fernsprecher Nr. 3961.

Nur in meinem Bettfedernlager
Kaufen Sie preiswert



Bettfedern
Inlette echt rot u. federdicht.
Fertige Betten
werd. kostenlos im Beisein des Käufers gefüllt.
Ernst Windmüller,
Bettfedern-Großhandl.
Bismarckstr. 24
am Wilhelmsplatz.
Telephon 3694.
Straßenbahnhaltestelle Linie 8.
Geschäftszeit von 8 Uhr morg. bis 7 Uhr abends
811



liefert zu äusserst kalkulierten Preisen
August Liese, Papier- u. Packmaterialien-Großhandl.
HAGEN i. W. Kontor: Körnerstraße 12.
Fernruf: Nr. 3948. 704

Geschäftsbücher
liefert und stellt her
Wilh. Bell jr., Halver
Buchdruckerei .·. Buchbinderei.

Wir suchen für unser Betriebsbüro einen geweckten, fleißigen
jungen Mann
in die Lehre
Reflektiert wird auf strebsamen Sohn ordentlicher Eltern
Aluminium- u. Metallwerke
Degenhardt & Sippel
Halver i. W.

Anzüge, Hosen, Schlüpfer, Couvercoats, Gummi-Mäntel
932 in aparten Farben und Formen
auf **Teilzahlung** im
Bekleidungshaus „Westfalia",
Hagen i. W., Elbersufer, Ecke Haidenstraße.
— Auswärtige Kunden Fahrtvergütung. —

2 guterhaltene, gebrauchte
Herde
zu verkaufen.
Wo, sagt die Geschäftsstelle des Allg. Anz., Halver

Visitenkarten liefert schnellstens
Druckerei Wilhelm Bell

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
Nadelholzbestände
aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen.
Nörtemann & Co. Holzhandlung Hagen i. W.
209 Fernruf 1897 und 3965